

tümer- und Mieterhaushalten auf verschiedene Faktoren zurückführen. Doch vor allem verfügen Mieterhaushalte häufig über ein geringeres monatliches Haushaltsnettoeinkommen als der Durchschnitt und können sich gewisse Gebrauchsgüter nicht leisten – Güter, die jedoch viel Platz im Warenkorb der Statistiker einnehmen.

Zugleich sind die Ausgaben für Energie und Nahrungsmittel in den unteren Einkommensschichten relativ zum Einkommen weit höher, als es Destatis und Eurostat nahelegen. Das gilt bemerkenswerterweise selbst für Finanzdienstleistungen: Das Girokonto gehört längst zu den lebensnotwendigen „Anschaffungen“ – wer keines besitzt, kann keine Miete zahlen, erhält keine Lohnzahlung und auch der Sportverein der Kinder will den Monatsbeitrag bargeldlos überwiesen haben. Ein kostenloses Konto gibt es jedoch in der Regel erst ab einem größeren monatlichen Zahlungseingang. Wer knapp bei Kasse ist, zahlt stattdessen für das Konto bis zu 100 Euro pro Jahr.

All diese Beispiele zeigen: Armut wird faktisch aus der Inflationsstatistik ausgeblendet. Zwar wird mit der unsozialen Berechnung der Inflationsrate nicht gezielt Politik gemacht. Dies ist jedoch allein der weit verbreiteten Unkenntnis über die tatsächliche Berechnung der „Inflationsrate“ geschuldet. Gleiches gilt übrigens für andere zentrale politökonomische Kennziffern wie beispielsweise das BIP oder das Staatsdefizit. Klar ist: Es bedarf dringend einer sozialen Differenzierung der Preisstatistiken, des Verbraucherpreisindizes und vor allem der offiziellen Inflationsrate. Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD ist daher gefordert, in dieser Legislaturperiode die Statistik in Deutschland sozial auszudifferenzieren und für Transparenz zu sorgen. Zugleich sollte eine entsprechende Reform in der Europäischen Union angestoßen werden. Erst dann könnten Zentralbanker, Ökonomen und Politiker ihre tagtäglichen Entscheidungen, von denen arme Menschen immer in besonderer Weise betroffen sind, auf einer realitätsgerechten Basis treffen.

Susanna Böhme-Kuby

Italien: Nicht arm, aber arm dran

Das Diktum, wonach Wahlen verboten wären, wenn sie an den herrschenden Machtverhältnissen tatsächlich etwas änderten, findet in Italien wieder und wieder Bestätigung. Zwar wird nach wie vor gewählt, doch der Wahlausgang repräsentiert immer weniger den Willen der Wähler. Das liegt nicht nur an einer einseitig die Mehrheit belohnenden Wahlgesetzgebung, sondern auch am Funktionswandel der Parteien selbst – von sozial und weltanschaulich gebundenen Massenparteien zu direkten Instanzen der Wirtschaftsmacht.

Während des industriegesellschaftlich geprägten 20. Jahrhunderts gab es in Europa noch politische Vertreter der Lohnabhängigen, die deren Interessen durchsetzen konnten. Auch bedingt durch die Existenz der Sowjetmacht konnten sie im Rahmen des Nachkriegskapitalismus des Kalten Krieges sozialstaatliche Garantien zugunsten der Arbeiter und Angestellten erkämpfen.

Nach dem Ende der Bipolarität hat sich der Neoliberalismus anglo-amerikanischer Prägung auch in Europa ungehindert verbreiten können. Mit der damit verbundenen Verschiebung vom Industrie- auf den Finanzsektor wurde auch der Primat der Politik, sprich: das Austragen von Interessenkonflikten, weitgehend ersetzt durch die Macht der Finanzeliten. Deren Vertreter regieren nun immer unverhohlener – entweder direkt oder indirekt, mittels traditioneller politischer Eliten.

Bei allen nationalen Unterschieden gemahnt die Situation im heutigen Europa zunehmend an prädemokratische Verhältnisse des 19. Jahrhunderts. Allein: Damals agierten die politischen Eliten und ihr Kapital in na-

tional begrenzten Räumen und Märkten. Doch immer mehr haben sie diese hinter sich gelassen, um neue globale Märkte zu erschließen und auf diese Weise die nationalstaatlichen Demokratien weiter unter Druck zu setzen.

Schauen wir uns vor diesem Hintergrund die Lage in Italien an. Dort herrscht seit zwanzig Jahren das Mehrheitswahlrecht; dieses hat die traditionelle Distanz der Italiener zu ihrem Staat erheblich vertieft.

Erst vor einem Jahr, im Februar 2013, gaben die Italiener ein deutliches Votum gegen ihre volksferne Politikerkaste und deren das Land verarmende Sparpolitik ab.¹ Dennoch ergriff der im Mai unerwartet wiedergewählte fast 88jährige Staatspräsident Giorgio Napolitano als „Retter in der Not“ erneut das Ruder,² das er im Jahr zuvor bereits auf Geheiß aus „Europa“ an die Regierung des Goldmann-Sachs-Bankers Mario Monti übergeben hatte. Nach dem vorprogrammierten Scheitern der Sondierungsgespräche der zwei Wahlsieger – Pierluigi Bersani von der Demokratischen Partei (PD) und Beppe Grillo von der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) – hob Napolitano unter dem wachsamen Auge „Europas“ umgehend eine Regierung der „breiten Übereinkunft“ ins Amt, die jedoch den Wählerwunsch nach einer Abkehr vom Neoliberalismus de facto außer Acht ließ. Diese Zwangscoalition zwischen PD – Bersani war inzwischen zurückgetreten – und Berlusconi „Volk der Freiheit“ (PdL) sowie der kleinen Scel-

1 Susanna Böhme-Kuby, Grillos Italien: Patt aus Protest, in: „Blätter“, 4/2013, S. 17-20.

2 Nach dem peinlichen Debakel bei der Präsidentschaftswahl, mit mehreren „durchgefallenen“ Kandidaten.

Anzeige

Kleiner Beitrag. Große Wirkung.

Fördern Sie die Unabhängigkeit der »Blätter« – schon ab 10 Euro im Monat

Mehr auf www.blaetter.de

ta Civica Mario Montis bekam denn auch rasch Risse und drohte auseinanderzubrechen.

Regierungschef Enrico Letta, wiederholt europaerfahrener Minister sowie Neffe von Berlusconi grauer Eminenz Gianni Letta, versuchte seitdem, Berlusconi tagtäglichen Drohungen standzuhalten, die ungeliebte Liaison zu Fall zu bringen. Die mühsam erreichten Kompromisse zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes folgten der Logik „ein Schritt vor und zwei Schritte zurück“ und führten zu Chaos wie Kritik auf allen Seiten. Monate lang dominierte die heiß umstrittene Besteuerung des sozial breit gestreuten Immobilienbesitzes die Diskussion. Berlusconis Ablehnung jeglicher Immobiliensteuer, von jeher sein propagandistischer Dauerbrenner, verursachte eine komplexe Nachfolgebesteuerung, die zum Jahresbeginn 2014 noch immer in der Schwebe ist. Ohne diese Einnahmen sind die kommunalen Kassen jedoch fast leer.

Der angeschlagene Medientycoon hat inzwischen noch eine weitere Machtpirouette auf dem politischen Parkett vollführt: Immer schon Neuwahlen im Blick, distanzierte sich Berlusconi von der unbeliebten Regierung und verließ die eigene Partei. Mit seiner neu gegründeten alten Kampftruppe Forza Italia macht er heute lautstark Opposition gegen die Regierung – neben der reduzierten Lega Nord und Grillos Fünf-Sterne-Bewegung. Die Reste der seit fünf Jahren außerparlamentarischen und zersplitterten kommunistischen Opposition sind dagegen als politische Stimme in der Öffentlichkeit verstummt, auch mangels medialer und finanzieller Mittel. Über beides verfügt Berlusconi dagegen noch immer in Hülle und Fülle: Seine Mediaset-Aktien legten kurz vor Weihnachten um fast 17 Prozent zu – dank anstehender Fusionen mit der spanischen Telefonica, die sich auch anschickt, bei Telecom Italia einzusteigen. Zudem sind für seine

Pay-TV-Sender neue lukrative Märkte in Sicht. Regierungschef Letta hat dafür umgehend sein Placet signalisiert, von Berlusconis „Interessenskonflikt“ zwischen Wirtschaft und Politik ist seit langem nicht mehr die Rede.

Nach seiner letztinstanzlichen Verurteilung im Sommer 2013 zu vier Jahren Haft wegen Steuerbetrugs konnte Berlusconi sich mit Hilfe seiner Medien zum größten Justizopfer Italiens hochstilisieren. Als von „kommunistischen Richtern“ Verfolgter rief er den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. Bisher musste er nicht etwa seine Strafe antreten – nicht einmal als Hausarrest –, sondern nur seinen Senatsitz und den Reisepass abgeben. Dafür gelang es ihm, seine Partei „der Freiheit und der Liebe“, wie er sie nennt, geschickt aufzuspalten, getreu der alten Taktik: Getrennt marschieren, vereint schlagen. Während Berlusconi die Forza Italia wiederbelebt, blieb sein vormaliger Parteisekretär Angelino Alfano lieber als Vize-Regierungschef im Kabinett Letta. Dort geben er und fünf Minister sich weiter staatstragend, mit einer ad hoc gegründeten Partei der Neuen Rechten Mitte (NCD).

Doch der Druck auf die geschrumpfte Regierungskoalition nimmt zu. Beppe Grillo prangert deren Verfassungswidrigkeit an, da im Dezember das bisherige Wahlgesetz („porcellum“) vom Verfassungsgericht außer Kraft gesetzt wurde. Verfassungsrechtler beilten sich zwar, die Legitimität der Regierung zu verteidigen, doch der allgemeine Unmut wächst und wächst.³

So beteiligten sich am 8. Dezember fast drei Millionen Wählerinnen und Wähler an der sogenannten Primarwahl für den neuen Parteisekretär der PD. Eindeutiger Sieger war der populäre, telegene Bürgermeister von Florenz, Matteo Renzi, der nun rasch gegensteuern will und sich einer

³ Eigentlich stellt dieses Urteil alle Parlamente und Regierungen der letzten acht Jahre samt ihrer Maßnahmen in Frage.

noch vagen „Umkehr“ verschrieben hat. Allerdings fährt die PD, seit Jahren größte Oppositionspartei, inzwischen selbst mehrheitlich auf neoliberalen Kurs. Sie war von ihrem Gründer Walter Veltroni 2007 als „leichtes“, das heißt nicht mehr ideologisch oder projektgebundenes Pendant zu den US-Demokraten konzipiert worden, im Bruch mit der Tradition des „Ulivo“-Bündnisses von Romano Prodi, der noch mit Kommunisten koalierte. Matteo Renzi propagiert denn auch seine geplante Arbeitsmarktreform dezidiert in Anlehnung an Obamas „job-act“.

Der gerade 39-jährige Renzi ist, wie Prodi und Letta, christdemokratischer Herkunft. Schon vor Jahren desavouierte er mit seiner „Abwrack“-Forderung gegenüber der Politikerkaste gestandene Politiker in der PD – wie Veltroni, D'Alema und Bersani. Heute tritt er als Hoffnungsträger neuen Stils gegen die verkrustete Politikstrukturen an – und zwar nicht wie Grillo mit Injurien, sondern mit Taten. Nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden stellte er sofort klar, dass er sein politisches Gewicht einbringen werde, um endlich „Reformen“ zu ermöglichen.

Das bis Ende Januar auf Renzis Geheiß zu verabschiedende neue Koalitionspapier soll der Regierung zumindest bis Ende 2014 frischen Schwung verleihen. Denn im zweiten Halbjahr übernimmt Italien die EU-Ratspräsidentschaft von Griechenland; und Brüssel ist ein Parkett, auf dem Regierungschef Letta sich gut bewegt.

Renzi selbst verhandelt derweil direkt mit Berlusconi über das erforderliche neue Wahlrecht. Dazu legte er noch in der Neujahrspause drei konkrete Vorschläge vor, um bis Februar eine Novellierung zu verabschieden.

Dem neuen Macher, dessen Reden manch einen an Berlusconi erinnern, fehlt jedoch vor allem dessen ökonomische Machtbasis. Dennoch hat der Volkstribun gute Chancen, 2015 Regierungschef zu werden. Dafür spricht vor allem sein Vorschlag, den Modus

der direkten Bürgermeisterwahl („Sindaco d'Italia“) auf die nationale Regierung zu übertragen. Diese Form einer Präsidialrepublik schwebt auch Berlusconi und vielen anderen vor.

Ein Land in Aufruhr

Renzis Chancen für 2015 setzen allerdings voraus, dass Letta nicht bereits vorher aufgeben muss. Dessen Optimismus („Licht am Ende des Tunnels“) widerspricht fast allen Wirtschaftsindikatoren: Italiens stark zersplitterte Industriestruktur konnte bereits den engen Maastrichtkonditionen des Euroraums nicht standhalten. Angesichts des seit Jahren andauernden Spardrucks hat das Land umso weniger Chancen, wieder jenes viel beschworene industrielle Wachstum in Gang zu setzen, das, nach gängiger Meinung, die erforderliche Bedingung für eine Überwindung der Wirtschaftskrise wäre. Faktisch paaren sich die EU-bedingten Blockaden und alten strukturellen Mängeln und Disfunktionen – im Kern ein korporativer Staatsapparat mit einer ineffizienten Bürokratie und einer vernachlässigten Infrastruktur. Diese Hindernisse wurden nie überwunden, man denke nur an die extremen Ungleichheiten zwischen Nord und Süd nach inzwischen 150 Jahren staatlicher Einheit.

Dabei ist Italien kein armes Land, sondern nur – wie schon Charles de Gaulle feststellte – „arm dran“: Immerhin belaufen sich die privaten Vermögen mit fast 10000 Mrd. Euro auf etwa das Fünffache der gesamten Staatsverschuldung. Dennoch ist die soziale Ungleichheit extrem hoch.

Es ist jedoch müßig, die externen und internen Bremsfaktoren gegeneinander auszuspielen. Fest steht, dass die europäischen Auflagen inzwischen zu einem Wirtschaftseinbruch geführt haben, den manche Beobachter mit dem nach einem verlorenen Krieg vergleichen: Der Ausfall der Binnennach-

frage hat ganze Branchen der Klein- und Mittelindustrie ruiniert, die sich nicht, wie die wenigen verbliebenen Großen, auf dem Exportsektor behaupten können. Die exponentiell gewachsene Arbeitslosigkeit wird bisher von keinem ausreichenden sozialen Netz aufgefangen. Fast die Hälfte der italienischen Jugend bewertet ihre Zukunft düster, die Kriminalität nimmt auf allen Ebenen zu. Die gleichzeitige Abgaben- und Steuerschröpfung der „Kleinen“ – Italien weist bei fortgesetzter Steuerhinterziehung prozentual die höchste Belastung in Europa aus – lässt immer mehr Menschen verzweifeln, aber auch aufbegehren.

Im Dezember entlud sich der Frust in landesweiten Protesten mit Verkehrsblockaden, angeblich spontan übers Internet organisiert. Sie umfassten – neben zahlreichen Kleinunternehmern – ein breites Spektrum, verkürzt und verharmlosend als „forconi“ (Mistgabeln) bezeichnet, in Anlehnung an die sozialen Revolten der Bauern auf Sizilien von 2012. Die Proteste legten vor allem die Zentren von Turin und Genua lahm, Städte, in denen die Deindustrialisierung besonders tiefe Wunden geschlagen hat.

Ob und wie Renzi den gewaltigen Problemen wirksam Abhilfe schaffen wird, ist derzeit nicht abzusehen. Erforderlich wäre in jedem Fall ein massives Investitionsprogramm, das die vernachlässigten Infrastrukturen des Landes sanieren und Arbeitsplätze schaffen könnte. Davon ist bisher aber nicht die Rede. Auch die Mitsprache der Bürger wird durch Renzis Wahlgesetzentwürfe nicht gefördert. Sie orientieren sich weiterhin am Mehrheitswahlrecht, das Minderheiten ausgrenzt und Opposition obsolet macht. Um der heiligen politischen Stabilität willen, spricht: der Berechenbarkeit für die Märkte, wird die demokratische Repräsentanz erheblicher Bevölkerungsteile geopfert, die allein durch ein Verhältniswahlrecht garantiert werden kann.

Die Publizistin Barbara Spinelli, Tochter des EU-Begründers Altiero Spinelli, hat jüngst in der Tageszeitung „Repubblica“ das römische Parlament dazu aufgerufen, die politische Repräsentanz aller Italiener wiederherzustellen – auch und vor allem bei den Ende Mai anstehenden Europawahlen. Sie berief sich dabei auf das deutsche Verfassungsgericht, das am 9. November 2011 die Sperrklausel für deutsche Parteien von fünf auf drei Prozent herabstufte,⁴ damit das Prinzip der Gleichheit zwischen allen Wählern in Europa gewahrt ist, wie auch die Präsenz aller zugelassenen Parteien.

Spinelli erinnert daran, wie Walter Veltroni Anfang 2009 binnen eines Monats eine Vierprozentklausel direkt mit Berlusconi aushandelte, ohne andere Parteien zu konsultieren. Das Ziel dabei lag auf der Hand: die Ausgrenzung der unbequemen Kommunisten, neben radikalen, grünen und neofaschistischen Minderheiten. Die Sperrklausel hat funktioniert und sollte nun revidiert werden. Eine Novellierung des Gesetzes ist laut Spinelli auch kurzfristig machbar. Wenn Renzi und Grillo es also tatsächlich ernst meinen mit ihrer Forderung nach mehr Demokratie, dann können sie das mit einem sofortigen neuen Europa-Wahlrecht beweisen. Spinelli befürwortet auch den Aufruf für eine neue Liste der Zivilgesellschaft zur Europawahl, die Alexis Tsipras unterstützen soll, den Vorsitzenden des griechischen linken Parteienbündnisses Syriza. Ob sich die verstreuten Kommunisten und die vielen sozialen Bewegungen, die heute über keine politische Repräsentanz verfügen, darauf einigen können, steht dahin. Aber es wäre immerhin eine Chance: Denn Tsipras Programm enthält Maßnahmen für eine gemeinsame europäische Zukunft. Eine Zukunft, die bei Fortführung der bisherigen Politik zweifellos erlöschen würde.

⁴ Und eventuell in einem jetzt anstehenden Revisionsurteil noch weiter herabsetzen wird.

Raul Zelik

Kataloniens Unabhängigkeit, Spaniens Ende?

Spanien kommt nicht aus der Krise. Zwar wuchs die Wirtschaft Ende 2013 erstmals seit Jahren wieder leicht, doch die Verarmung von großen Teilen der Gesellschaft hält an. Auch die Korruptionsskandale reißen nicht ab: Anfang des Jahres wurde die Kronprinzessin Cristina wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche angeklagt, der Schatzmeister der regierenden Partido Popular (PP) sitzt bereits im Gefängnis. Doch am unkontrollierbarsten scheinen wieder einmal die Minderheitenkonflikte.

So protestierten Anfang Januar in Bilbao trotz eines Demonstrationsverbots durch die Madrider Justiz 130 000 Menschen für eine politische Lösung des baskischen Konflikts und die Freilassung der ETA-Gefangenen. Es war die größte Kundgebung in der Region seit 1980. Noch dramatischer ist die Entwicklung in Katalonien, wo in den letzten Jahren eine *Grassroots*-ähnliche Unabhängigkeitsbewegung entstanden ist. Basisorganisationen wie die *Assemblea Nacional Catalana* (ANC) haben Millionen Menschen auf die Straße gebracht und treiben die etablierten Parteien damit regelrecht vor sich her. Die liberal-konservative katalanische Autonomieregierung sah sich in diesem Zusammenhang gezwungen, ein Referendum über die Unabhängigkeit der Region für November 2014 anzukündigen.

Anders als man erwarten könnte, geht das Erstarken des Regional-Nationalismus allerdings nicht mit einem Rechtsruck einher. Als der katalanische Ministerpräsident Artur Mas von der bürgerlichen *Convergencia i Unió*

(CiU) die Durchführung des Referendums öffentlich bekannt gab, wurde er von drei Linksparteien begleitet: der sozialdemokratischen *Esquerra Republicana* (ERC), der *Iniciativa per Catalunya Verds* (ICV, dem Regionalpendant der spanischen Vereinten Linken) und der *Candidatura d'Unitat Popular* (CUP, einer aus den sozialen Bewegungen hervorgegangenen antikapitalistischen Wahlplattform). Die vier das Unabhängigkeitsreferendum unterstützenden Parteien repräsentieren mit 58 Prozent der Wählerstimmen nicht nur eine klare politische Mehrheit. Das Bündnis steht auch erstaunlich weit links. ERC, ICV und CUP – als Parteien links der spanischen Sozialdemokratie – kommen zusammen auf 27 Prozent der Stimmen. Und es scheint, als könnte dieser Anteil noch weiter steigen. Bei Meinungsumfragen im Oktober 2013 lagen die drei katalanischen Linksparteien bei 39 Prozent.¹

Die Geschwindigkeit, mit der sich Katalonien von Spanien entfernt, ist auch für die Beteiligten überraschend. Zwar wurde die katalanische Unabhängigkeitsbewegung (ähnlich wie im Baskenland und Galizien) durch die Franco-Diktatur antifaschistisch und republikanisch geprägt. Doch der regierende „Katalanismus“ trat lange Jahre eher gemäßigt auf. Die seit 1979 fast ununterbrochen regierende CiU, eine Allianz von Liberalen und Christdemokraten, nutzte die Nationalfolklore in erster Linie für eigene parteipolitische Interessen, ging echten Konflik-

¹ Vgl. ERC confirma el ‚sorpasso‘ a CiU, in: „El País“, 2.11.2013.